



# Marktgemeinde Bernstein

7434 Bernstein, Hauptstraße 68  
Bezirk Oberwart, Burgenland  
Tel.: 0 33 54 / 65 02, Fax: 03354/6502-4  
E-Mail: [post@bernstein.bgld.gv.at](mailto:post@bernstein.bgld.gv.at)  
UID: ATU16248004, [www.bernstein.gv.at](http://www.bernstein.gv.at)

---

## **Niederschrift**

aufgenommen am Freitag, den 19. Juni 2026, im Sitzungssaal des Gemeindezentrums Bernstein bei der Sitzung des **Gemeinderates**

Beginn: 19:00 Uhr  
Schriftführer: Amtsleiter OAR Marth Uwe

### **Anwesend:**

#### Von der SPÖ-Fraktion:

Bürgermeisterin Habetler Renate, Baldauf Thomas, Marth Joachim, 2. Vizebürgermeister Böhm Wilhelm, Lautner Katja, Böhm Alexander, Zumpf Christian, Jobst Gerald, Ing. Renner Konrad, Kainz Manfred, Strohkendl Silvia, Katona Petra, Schmidt Florian (Ersatzgemeinderat)

#### Von der ÖVP-Fraktion:

Schranz Markus, Wiesinger Nicole, Pertl Thomas, Stöckl Tanja, Lautner Josef, Simon Andreas, Schwarz Marcel (Ersatzgemeinderat)

#### Von der FPÖ-Fraktion:

Kager Karl Josef

#### Anwesend beim TOP 2:

Ing. Pertl Jasmin (als Vertreterin der Baufirma Handler)

### **Nicht anwesend:**

Schmidt Petra, Ing. Fleck Andreas, Vbgm. Derkits Gerald und Potsch Niko, alle entschuldigt

Die Bürgermeisterin begrüßt die erschienenen Gemeinderatsmitglieder und Zuhörer, stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die gesetzmäßige Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Gegen die Niederschriften von der Sitzung am 27.03.2026 gibt es keine Einwände.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die Genehmigung der Niederschriften von der Sitzung am 27.03.2026, welche anschließend von den Protokollbeglaubigern unterfertigt werden.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat gemäß § 38 Abs. 2 Bgld. Gemeindeordnung einstimmig die Aufnahme eines zusätzlichen Punktes auf die Tagesordnung wie folgt:

- [REDACTED] Ansuchen um Gewährung einer Sondernutzung von öffentlichem Gut, Grundstücks Nr. 167/3 in der KG 34009 Bernstein; Beschlussfassung

Die Bürgermeisterin geht nunmehr zur Tagesordnung über.

### **Tagesordnung:**

1. Bericht von der Sitzung des Prüfungsausschusses
2. Umbauarbeiten im Kindergarten, in der Volks- und Mittelschule; Statusbericht und Vergabe der Planungs- und Ausschreibungsleistungen
3. Kindergarten Bernstein, Abschluss einer gemeindeübergreifenden Kooperationsvereinbarung mit der Gemeinde Bad Tatzmannsdorf betreffend die Ferienbetreuung für das Kindergartenjahr 2026/2027; Beschlussfassung
4. Abschluss eines Liefervertrages für Speisen mit der Gästehäuser- und Küchen Burgenland GmbH ab 01.09.2026; Beschlussfassung
5. Abschluss eines Dienstbarkeitsvertrages mit der Netz Burgenland GmbH zum Zwecke der Errichtung einer Trafostation auf dem Grundstück Nr. 404/1 in der KG 34009 Bernstein; Beschlussfassung
6. Grundstück Nr. 1601 in der KG 34009 Bernstein, Baulandfreigabe gemäß § 45 Abs. 2 Bgld. Raumplanungsgesetz; Beschlussfassung
7. Abschluss eines befristeten Mietvertrages betreffend die Vermietung der Gemeindewohnung in Stuben, Stubenerstraße 32/2; Beschlussfassung
8. Abschluss eines befristeten Mietvertrages betreffend die Vermietung der Gemeindewohnung in Stuben, Am Sonnenweg 2; Beschlussfassung
9. Erweiterung der Straßenbeleuchtung in Rettenbach; Vergabe der Grabarbeiten; Beschlussfassung
10. Antrag der ÖVP-Fraktion, betreffend die Neuverhandlung des bestehenden Contracting-Vertrages über die Photovoltaikanlagen mit der neoom impact invest alpha GmbH; Beratung und Beschlussfassung
11. [REDACTED] Ansuchen um Gewährung einer Sondernutzung von öffentlichem Gut, Grundstücks Nr. 167/3 in der KG 34009 Bernstein; Beschlussfassung
12. Personalangelegenheiten, Verlängerung von Dienstverträgen; **nicht öffentl. TOP**
13. Berufung gegen den Abgabenbescheid (Kanalbenützungsbeseid) der Bürgermeisterin und Erlassung eines Berufungsbescheides; Beschlussfassung; **nicht öffentl. TOP**
14. Allfälliges

## Zu TOP 1:

Die Bürgermeisterin erteilt dem Obmann des Prüfungsausschusses das Wort.

### GR Schranz Markus:

Leider war es mir aus Termingründen nicht möglich eine Sitzung des Prüfungsausschusses noch rechtzeitig vor dieser GR-Sitzung einzuberufen und abzuhalten. Die nächste Sitzung für das 2. Quartal 2026 des Prüfungsausschusses wird am 24.06.2026 stattfinden. Den Bericht wird es in der nächsten GR-Sitzung im September geben. Ich bitte um Entschuldigung.

## Zu TOP 2:

### Bürgermeisterin:

Zuerst möchte ich Pertl Jasmin von der Fa. Handler Bau recht herzlich bei uns begrüßen. Sie wird uns über die geplanten Umbauarbeiten im Kindergarten- und Schulgebäude informieren. Vorher möchte ich aber auf das per E-Mail vom 16.06.2026 eingebrachte Schreiben von Frau Stöckl eingehen. In diesem Schreiben wird die Vorgehensweise bei der Angebotseinholung und der Vergabe kritisiert. Dazu möchte ich folgendes festhalten: Eine Direktvergabe ist ausschließlich zulässig, wenn der Auftragswert bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen € 140.000,00 (exkl. MWSt.) nicht erreicht. Übersteigt die Auftragssumme € 50.000,00 so sind zumindest 3 Angebote oder unverbindliche Preisankündigungen einzuholen. Im gegenständlichen Fall beträgt die voraussichtliche Auftragssumme für die Planungs- und Ausschreibungsleistungen € 28.545,00 netto.

In der letzten Sitzung des Gemeindevorstandes habe ich über dieses Angebot der Fa. Handler informiert und die Frage gestellt, ob noch weitere Angebote eingeholt werden sollen. Nach eingehender Beratung und der Feststellung, dass die vergaberechtlichen Vorgaben eingehalten werden, hat sich der Gemeindevorstand einstimmig für die Vergabe an die Fa. Handler Bau ausgesprochen. Begründet wurde dies damit, weil wir unter großem Zeitdruck stehen und vor allem die Kindergartenkinder für das kommende Kindergartenjahr untergebracht werden sollen. Zudem hat sich unser 2. Vbgm. Böhm Wilhelm bereit erklärt, sollte der Auftrag an die Fa. Handler erfolgen, die gesamte ÖBA (örtliche Bauaufsicht) kostenlos zu übernehmen. Dadurch werden Kosten eingespart. Ich frage mich aber schon, wer in der ÖVP-Fraktion das Sagen hat. Ich werde mich an gültige Beschlüsse halten.

### GR Stöckl Tanja:

Wir sind der Meinung, dass man trotzdem noch ein 3. oder 4. Angebot hätte einholen können. Es ist richtig, dass die Auftragssumme unter € 50.000,00 liegt. Aber die daraus folgenden Kosten von ca. € 200.000,00 übersteigen diese Grenze. Es wäre aus Compliancegründen besser, wenn man die Bauaufsicht, die Bauausführung und die Planung in verschiedene Hände gibt.

### Amtsleiter:

Um welche Kosten von ca. € 200.000,00 geht es hier? Sind das Dienstleistungsaufträge oder Bauaufträge?

### GR Stöckl Tanja:

Es sind Bauaufträge gemeint.

### Amtsleiter:

Derzeit wissen wir noch nicht wie hoch die Baukosten sein werden.

Bürgermeisterin:

Daher haben wir auch diese Planungs- und Ausschreibungsleistungen an die Fa. Handler vergeben. Nach der Ausschreibung werden wir genau wissen, wie hoch die tatsächlichen Baukosten sein werden.

GR Stöckl Tanja:

Aber man kann ja nicht gegen ein 2. oder 3. Angebot sein.

GR Baldauf Thomas:

Wir haben aber leider ein großes Terminproblem. Im Gemeindevorstand haben wir genau darüber ausführlich diskutiert.

GR Stöckl Tanja:

Mein Antrag ist am 16.06.2026 eingebracht worden. In dieser Zeit hätte man noch weitere Angebote einholen können. Jetzt ist es ohnehin zu spät.

Bürgermeisterin:

Das hätte man machen können, aber nicht müssen.

GR Ing. Renner Konrad:

Im Gemeindevorstand hat es einen einstimmigen Beschluss gegeben. Warum wird jetzt über das diskutiert?

GR Stöckl Tanja:

Weil man den einen oder anderen Euro hätte einsparen können.

GR Baldauf Thomas:

Grundsätzlich sollte man sich an Beschlüsse halten.

GR Stöckl Tanja:

Ich verstehe die Aufregung nicht. Wenn ich die Planung, die Ausführung und die Kontrollierende in eine Hand gebe, dann haben wir in Zukunft wieder ein Problem.

Bürgermeisterin:

Das stimmt ja gar nicht. Die Fa. Handler Bau wurde nur mit der Planung und Ausschreibung beauftragt und nicht mit der Bauausführung. Und die ÖBA übernimmt auch nicht die Fa. Handler Bau, sondern unser 2. Vizebürgermeister.

2.Vbgm. Böhm Wilhelm:

Ich werde euch jetzt einen chronologischen Statusbericht über dieses Bauprojekt geben. In der letzten Gemeinderatssitzung im März haben wir uns darauf verständigt, dass wir zügig in die Entwurfsplanung einsteigen werden. Gemeinsam wurden in Absprache mit den Leitungen aller Schulen, des Kindergartens, der Musikschule und der Nachmittagsbetreuung diese Entwurfspläne erstellt. Mit diesen Entwurfsplänen hat es dann am 22.04.2026 eine Besprechung in der Bildungsdirektion gegeben. Anwesend waren die Bürgermeisterin, unser Amtsleiter, ich sowie Vertreterinnen der Schul- und Kindergartenabteilungen. Unser Bauprojekt wurde schlussendlich für gut befunden und wir wurden aufgefordert die Planung endgültig abzuschließen, damit die erforderliche Genehmigung eingeholt werden kann. Daraufhin habe ich sofort mit meinem ehemaligen Arbeitgeber, die Fa. Handler Bau, Kontakt aufgenommen und Frau Pertl Jasmin hat uns unverzüglich bei der weiteren Planung unterstützt. Dafür möchte ich mich persönlich bei dir recht herzlich bedanken.

In weiterer Folge hat es noch einen gemeinsamen Besichtigungstermin vor Ort in Bernstein gegeben. Anwesend waren alle Vertreter der Bildungseinrichtungen, Vertreter der Bildungsdirektion sowie die Bürgermeisterin, Vbgm. Derkits Gerald und ich.

Danach wurde auch noch mit Herrn Ing. Jürgen Ziermann von der PEB (Projektentwicklung Burgenland) Kontakt aufgenommen und um Abgabe eines Angebotes gebeten. Bis heute hat die PEB kein Angebot abgegeben.

Wie schon eingangs von der Frau Bürgermeisterin erwähnt, wurden diese Entwurfspläne sowie das Angebot der Fa. Handler dem Gemeindevorstand zur Beratung vorgelegt. Ich persönlich habe gefragt, ob wir noch zumindest 1 weiteres Angebot einholen sollen. Daraufhin wurde das von allen, auch von den beiden Vorstandsmitgliedern der ÖVP, aufgrund des großen Zeitdrucks verneint.

#### GR Simon Andreas:

Ja, das stimmt. Nachdem das vergaberechtliche geklärt war, haben wir beide zugestimmt. Ich glaube, dass wir das Bauvolumen unterschätzt haben. Bei den € 34.000,00 bin ich davon ausgegangen, dass bereits einige wenige Bauarbeiten ausgeführt werden. Jedoch handelt es sich nur um die Planungskosten. Wenn man das hochrechnet, dann werden die Baukosten ohnehin zwischen € 200.000,00 und € 300.000,00 betragen.

#### GR Stöckl Tanja:

Man kann von 12 bis 16% der Baukosten ausgehen.

#### Pertl Jasmin:

Diese 12 bis 16% werden in der Regel von einem Architekturbüro verrechnet. Die Fa. Handler Bau ist jedoch ein planender Baumeister. Wir haben von Anfang an gewusst, dass die Umsetzung dieses Bauvorhabens eine große Herausforderung sein wird. Ich habe mich bei der Entwurfsplanung deshalb miteingebracht, weil es mir persönlich ein großes Anliegen ist und die Gemeinde hier einen enormen Zeitdruck hat. Wir konnten alle Vorgaben der Bildungsdirektion einhalten. Bis jetzt wurden noch keine Leistungen von uns verrechnet. Unsere angebotenen Preise sind durchaus angemessen. Beispielsweise kostet ein Plan für ein Einfamilienhaus mindestens € 7.000,00. Und das ist noch günstig. Ich habe auch kein Problem damit, wenn diese Leistungen jemand anderer macht. Allerdings glaube ich nicht, dass es jemand zu diesen Konditionen und vor allem in diesem Zeitraum machen kann. Sehr viel einsparen kann die Gemeinde indem unser 2. Vizebürgermeister die ÖBA übernimmt.

#### 2.Vizebürgermeister:

Laut meinen Berechnungen kann man bei diesem Bauvorhaben sicher von einer ÖBA im Umfang von € 20.000,00 ausgehen.

#### GR Pertl Thomas:

Ich finde es echt super, dass du die gesamte ÖBA übernimmst. Uns ist wichtig, dass wir bei solchen Bauprojekten ausreichend Informationen erhalten.

#### Bürgermeisterin:

Alle Information über den aktuellen Stand wurden von uns weitergegeben. Festhalten möchte ich aber schon, dass Vbgm. Derkits Gerald bei allen Begehungen und Besprechungen dabei war. Und ich gehe davon aus, dass auch er euch die Informationen weitergibt. Dafür bin nicht ich verantwortlich.

#### GR Pertl Thomas:

Er hat uns natürlich informiert, allerdings nicht so ausführlich.

GR Kainz Manfred:

Das ist dann aber schon euer Problem, oder habt ihr keine Fraktionssitzungen?

GR Simon Andreas:

Das Angebot haben wir erst in der GV-Sitzung erhalten.

Bürgermeisterin:

Im Gemeindevorstand haben wir dann ausführlich beraten und gemeinsam entschieden, dass wir keine weiteren Angebote einholen. Die Fa. Handler Bau hat den Auftrag erhalten. Somit ist das Thema für mich jetzt erledigt. Ich möchte mich noch einmal persönlich bei Pertl Jasmin bedanken und darf sie ersuchen, dass sie uns das endgültige Bauprojekt vorstellt.

Pertl Jasmin:

Derzeit gibt es im Kindergarten 1 Krippengruppe und 3 Kindergartengruppen. Aufgrund der steigenden Kinderzahlen soll eine weitere Krippengruppe installiert werden. Folgende Maßnahmen sollen nunmehr umgesetzt werden:

Alle Volksschulklassen werden in der Mittelschule untergebracht. In diesem dadurch freiwerdenden Trakt sollen 2 alterserweiternde Kindergartengruppen, die Nachmittagsbetreuung, ein Bewegungsraum sowie die erforderlichen Sanitärräume und eine Küche untergebracht werden. Aufgrund der nunmehr insgesamt 5 Gruppen ist ein weiterer Bewegungsraum gesetzlich vorgeschrieben. Im derzeitigen Kindergartentrakt soll ein Gruppenraum zu einem 2. Krippenraum umfunktioniert werden. Die Umbaumaßnahmen erfolgen zur Gänze nur im Innenbereich, sodass keine Zubauten erforderlich sind. Der Haupteingang des Kindergartens bleibt unverändert. Der Volksschuleingang bleibt künftig versperrt und wird nur von der Musikschule genutzt. Die Musikschule wird nämlich den Bewegungsraum im oberen Geschoß zeitweise nutzen. Der Gang soll Garderobennutzung erhalten. Sowohl im Raum der Nachmittagsbetreuung als auch im neuen Krippenraum werden mobile Trennwände errichtet. Die Sanitärbereiche werden zur Gänze erneuert und entsprechend angepasst.

Betreffend den künftigen Schulbetrieb von Mittel- und Volksschule wird festgehalten, dass beides in den Räumlichkeiten der Mittelschule erfolgen wird. Es gibt einen gemeinsamen Eingang. Auch die Garderoben können von beiden genutzt werden.

GR Renner Konrad:

Entscheidend war, dass sich die Musikschulleitung dafür ausgesprochen hat, dass fast der gesamte Musikschulunterricht in die Kulturarena verlegt wird. Mit Ausnahme der Nutzung des neuen Bewegungsraumes. Dadurch wurden Räumlichkeiten in der Mittelschule frei.

Pertl Jasmin:

Das ist richtig. Alle genannten Umbaumaßnahmen wurden mit der Bildungsdirektion abgesprochen und befürwortet. Nunmehr werden wir die Einreichplanung für die Baubehörde und die Bildungsdirektion fertigstellen, damit alle Genehmigungen eingeholt werden können.

GR Schranz Markus:

Welche Kosten kommen auf die Gemeinde zu?

2.Vizebürgermeister:

Sobald die Ausschreibungen erfolgt sind, wissen wir die genauen Baukosten. Die ersten Maßnahmen werden gleich nach Schulschluss erfolgen, wo die Volksschule in die Mittelschule umgesiedelt wird.

Pertl Jasmin:

Aufgrund der letztlich schon sehr aufwendigen Umbaumaßnahmen kann man sicher erst

mit einer Fertigstellung Ende dieses Jahres rechnen. Auch muss der Außenbereich, aufgrund der Gruppenerweiterungen vergrößert werden. Hier wird man den Bereich wo derzeit der Container steht mitverwenden.

Amtsleiter:

Bis zur nächsten GR-Sitzung im September müssen sämtliche Gewerke ausgeschrieben sein, damit diese dann vergeben werden können.

GR Baldauf Thomas:

Diese gesetzten Maßnahmen sind wirklich nachhaltig auf Grundlage der räumlichen und finanziellen Gegebenheiten erfolgt. Einen neuen Bildungscampus können wir uns derzeit nicht leisten.

GR Stöckl Tanja:

Welche Leistungen von eurem Angebot sind jetzt schon erfolgt?

Pertl Jasmin:

Die Positionen 1 und 2 wurden eigentlich bis jetzt umgesetzt. Die Entwurfsplanung wird jetzt abgeschlossen und mit der Einreichplanung begonnen.

GR Stöckl Tanja:

Die angeführten Preise sind Fixpreise?

Pertl Jasmin:

Ja, das sind Fixpreise.

GR Stöckl Tanja:

Die ÖBA übernimmt der 2. Vizebürgermeister. Da fallen der Gemeinde keine Kosten an, ist das richtig?

2.Vizebürgermeister:

Das ist richtig. Ich werde die gesamte ÖBA kostenlos für die Gemeinde übernehmen.

GR Stöckl Tanja:

Wir stellen uns sehr gerne für diverse Räumungsarbeiten zur Verfügung.

2.Vizebürgermeister:

Das freut mich natürlich sehr. Ich werde eine WhatsApp-Gruppe einrichten und laufend informieren.

Pertl Jasmin:

Wir wissen alle, dass es derzeit bei allen Gemeinden bei den Finanzen sehr knapp ist. Aber diese Investition erfolgt in unsere Kinder. Wenn wir dieses Betreuungsangebot an die Eltern nicht erfüllen können, dann wird das eine große Auswirkung auf unsere Volksschule und Mittelschule haben. Denn wenn Kinder einmal in einer anderen Bildungseinrichtung untergebracht wurden, dann wird es sehr schwer diese wieder zurückzuholen. Das muss uns bewusst sein.

GR Stöckl Tanja:

Wie schon gesagt, wir stellen unsere Arbeitskraft zur Verfügung und würden uns über eine saubere Ausschreibung freuen.

Amtsleiter:

Was bedeutet saubere Ausschreibung? Hat die Gemeinde bis jetzt vielleicht nicht richtig ausgeschrieben?

Kager Karl:

Unsere Kinder müssen uns schon etwas wert sein. Daher begrüße und befürworte ich dieses Bauprojekt. Es wurde alles im Gemeindevorstand beraten und besprochen. Jetzt wird wieder diskutiert. Wozu sitzen die beiden Vorstandsmitglieder der ÖVP in diesem Gremium, das frage ich mich schon?

GR Simon Andreas:

Wie ich schon vorher erwähnt habe, haben wir das Angebot erst in der GV-Sitzung erhalten und ich bin bei der Summe von Planungs- und Ausführungskosten ausgegangen. Jetzt ist mir alles klar.

Bürgermeisterin:

Ich denke wir haben jetzt alle Informationen über den aktuellen Stand dieses Bauprojektes erhalten. In den nächsten Tagen und Wochen wird alles andere erledigt, damit wir in der nächsten GR-Sitzung im September die Gewerke vergeben und zügig mit den Umbauarbeiten beginnen können. Ich bedanke mich noch einmal recht herzlich bei Pertl Jasmin für ihre Leistungen. Abschließend möchte ich noch ausdrücklich darauf hinweisen, dass Gemeindevorstandssitzungen nicht öffentliche Sitzungen sind. Sollten Informationen von solchen Sitzungen in die Öffentlichkeit gelangen, in welcher Art und Weise auch immer, dann ist mit einer Aufsichtsbeschwerde zu rechnen.

GR Simon Andreas:

Angenommen die Baukosten betragen € 200.000,00? Können wir das finanzieren?

Bürgermeisterin:

Zuerst warten wir das Ausschreibungsergebnis ab und dann werden wir entscheiden.

Pertl Jasmin verlässt den Sitzungssaal.

### **Zu TOP 3:**

Bürgermeisterin:

Die Gemeindekooperationsvereinbarung gem. § 22a Bgld. GemO 2003 für das Kindergartenjahr 2026/2027 mit der Gemeinde Bad Tatzmannsdorf wurde in Absprache mit den Kindergartenleitungen erstellt und soll heute beschlossen und unterfertigt werden. Darin ist die Betreuung in den Ferienzeiten geregelt. Der Besuch der Kinderbetreuungseinrichtungen ist kostenlos.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die vorliegende Gemeindekooperationsvereinbarung gem. § 22a Bgld. GemO 2003 mit der Gemeinde Bad Tatzmannsdorf betreffend die Regelung der kostenlosen Kinderbetreuung in den Ferienzeiten des Kindergartenjahres 2026/2027, welche einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses bildet.

#### Zu TOP 4:

##### Bürgermeisterin:

Von der Gästehäuser- und Küchen Burgenland GmbH wurde der Liefervertrag für Essen angepasst und soll heute beschlossen werden. Die Preise werden wie folgt erhöht:

|               |                       |
|---------------|-----------------------|
| Kindergarten: | von € 5,00 auf € 6,20 |
| VS und MS:    | von € 5,70 auf € 6,60 |

Die Preise verstehen sich als Pauschalpreis pro Person bzw. pro Menü inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer und Lieferung.

Geliefert werden eine Suppe, eine Hauptspeise und ein Dessert. Der Vertrag tritt am 01.09.2026 in Kraft und wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Gibt es Fragen dazu?

##### GR Stöckl Tanja:

Ich habe beim Konvikt in Oberschützen und bei der Diakonie nachgefragt. Bei sind aber teurer. Des Weiteren habe ich ein Angebot von der Fa. Loibl aus Piringsdorf vorliegen. Der Betrieb hat 40 Mitarbeiter mit Standort in Rechnitz. Dieses Angebot ist um € 1,00 billiger als das vorliegende von der Gästehäuser- und Küchen Bgld. GmbH, allerdings gibt es kein Dessert.

##### GR Ing. Renner Konrad:

Dieses Angebot kann man nicht vergleichen, da das Dessert nicht geliefert wird. Daher kann man über dieses Angebot nicht abstimmen.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat den vorliegenden Liefervertrag mit der Gästehäuser- und Küchen Burgenland GmbH über die Lieferung von Speisen für die Volksschule, die Mittelschule und den Kindergarten Bernstein, beginnend ab 01.09.2026 mit folgenden Stimmen:

##### Für den Antrag stimmten:

Bürgermeisterin Habetler Renate, Baldauf Thomas, Marth Joachim, 2. Vizebürgermeister Böhm Wilhelm, Lautner Katja, Böhm Alexander, Zumpf Christian, Jobst Gerald, Ing. Renner Konrad, Kainz Manfred, Strohendl Silvia, Katona Petra, Schmidt Florian, Schranz Markus, Wiesinger Nicole, Pertl Thomas, Lautner Josef, Simon Andreas, Schwarz Marcel, Kager Karl Josef

##### Gegen den Antrag stimmte:

Stöckl Tanja

Der Liefervertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses.

## **Zu TOP 5:**

### **Bürgermeisterin:**

Die Netz Burgenland GmbH beabsichtigt die im ehemaligen Blindenheim befindliche Trafostation zu demontieren und im Außenbereich aufzustellen. Davon betroffen ist das Grundstück Nr. 404/1, EZ: 1 KG 34009 Bernstein (öffentliches Gut). Mit dem Grundeigentümer (REP Bgld. GmbH) des Objektes wurde im Vorfeld die Sachlage besprochen und wurde die Zustimmung erteilt. Diese neue Trafostation soll nunmehr im Grünbereich zwischen dem Gebäude und der Marktgasse, auf öffentlichem Gut, errichtet werden. Der Netz Burgenland GmbH soll hiermit das Recht der Dienstbarkeit eingeräumt werden. Der Dienstbarkeitsvertrag wurde errichtet und soll heute beschlossen und unterfertigt werden.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig den vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag mit der Netz Burgenland GmbH zum Zwecke der Errichtung einer Trafostation laut beiliegendem Lageplan auf dem Grundstück Nr. 404/1 in der KG 34009 Bernstein, welcher einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses bildet.

## **Zu TOP 6:**

### **Bürgermeisterin:**

Eine Teilfläche im Ausmaß von 857 m<sup>2</sup> des Grundstückes Nr. 1601 in der KG 34009 Bernstein ist im rechtswirksamen Flächenwidmungsplan als Aufschließungsgebiet-Wohngebiet (AW) gewidmet. Auf dem als Bauland-Wohngebiet (BW) gewidmeten Teil des Grundstückes wurde mit Baubewilligung vom 13.04.2011, Zahl: B 07/2011, ein Wohnhaus errichtet. Mit Baubewilligung vom 13.03.2017, Zahl: B 24/2016 wurde zudem eine Grundstückseinfriedung mit einem Einfahrtstor errichtet. Die Hauszufahrt bzw. ein Teil dieser Einfriedung befindet sich im Aufschließungsgebiet. Nunmehr soll die Flächenwidmung an die tatsächliche Bebauung angepasst werden. Sämtliche Ver- und Entsorgungseinrichtungen (Kanal- und Wasseranschluss, öffentlicher Weg) sind am Grundstück vorhanden. Gemäß § 45 Abs. 2 Bgld. Raumplanungsgesetz soll heute für diese im Aufschließungsgebiet liegende Fläche die Baulandfreigabe erfolgen.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig folgende Verordnung:

## **Verordnung**

des Gemeinderates der Marktgemeinde Bernstein vom 19. Juni 2026, Zahl 67/2026, mit der festgestellt wird, dass die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.

Auf Grund des § 45 Abs. 2 des Bgld. Raumplanungsgesetzes 2019, LGBl. Nr. 49/2019 i.d.g.F., wird verordnet:

## **§ 1**

Die widmungsgemäße Verwendung der im Aufschließungsgebiet-Wohngebiet (AW) liegenden Teilfläche des Grundstückes Nr. 1601 in der KG 34009 Bernstein ist zulässig, weil die Erschließung des Grundstückes durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.

## **§ 2**

Auf dem in § 1 bezeichneten Grundstück sind Baubewilligungen sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zulässig.

## **§ 3**

Die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung beginnt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag.

### **Zu TOP 7:**

Die Bürgermeisterin erteil dem Ortsvorsteher Baldauf Thomas das Wort.

#### **GR Baldauf Thomas:**

Rückwirkend ab 01.06.2026 soll die Wohnung Nr. 2 im Gemeindehaus Stuben, im Ausmaß von 48 m², an [REDACTED] vermietet werden. Das Mietverhältnis wird befristet bis 31.05.2029 eingegangen. Der vereinbarte Mietzins beträgt monatlich € 279,57 inkl. MWSt. Die Betriebskosten und sonstigen Nebenabgaben werden gesondert abgerechnet. Der Mieter hat eine Kautions in Höhe von € 3.000,00 zu leisten. Der Ortsausschuss hat sich übereinstimmend für die Vermietung ausgesprochen.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig den vorliegenden Mietvertrag betreffend die befristete Vermietung der Wohnung Nr. 2 im Gemeindehaus Stuben, rückwirkend mit 01.06.2026, welcher einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses bildet.

### **Zu TOP 8:**

Die Bürgermeisterin erteil dem Ortsvorsteher Baldauf Thomas das Wort.

#### **GR Baldauf Thomas:**

Das bis 30.09.2026 befristete Mietverhältnis mit [REDACTED] betreffend die Vermietung der Gemeindewohnung in Stuben, Am Sonnenweg 2 im 1. Stock (74,76 m²), soll um weitere 3 Jahre, bis 30.09.2029, verlängert werden. Der vereinbarte Mietzins beträgt monatlich € 406,36 inkl. MWSt. Die Betriebskosten und sonstigen Nebenabgaben werden

gesondert abgerechnet. Der Ortsausschuss hat sich übereinstimmend für die Vermietung ausgesprochen.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig den vorliegenden Mietvertrag betreffend die Verlängerung der Vermietung der Gemeindewohnung in Stuben, Am Sonnenweg 2 im 1. Stock, beginnend mit 01.10.2026, welcher einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses bildet.

### **Zu TOP 9:**

Die Bürgermeisterin erteilt dem Ortsvorsteher Zumpf Christian das Wort.

#### **GR Zumpf Christian:**

Im Ortsteil Rettenbach soll die Straßenbeleuchtung um insgesamt 7 Lichtpunkte erweitert werden. Es betrifft die Landesstraße bis zum Objekt Mühlenstraße 49 sowie das neu aufgeschlossene Baugebiet beim Ferrinaweg. Die Ausschreibung beinhaltet die Grabarbeiten, das Verlegen der beigestellten Kabelleitungen samt Abdeckplatten, den Einbau der Lampenfundamente sowie die Asphaltentsorgung- und Sanierung. Folgende Angebote liegen vor:

- |                      |                    |
|----------------------|--------------------|
| • Klöcher Bau GmbH   | € 25.001,87 brutto |
| • PORR Bau GmbH      | € 26.755,44 brutto |
| • SOB Massivbau GmbH | € 38.023,16 brutto |

Aufgrund dieses Ergebnisses geht der Vergabevorschlag an den Billigstbieter, die Fa. Klöcher Bau GmbH. Die Fa. Klöcher und PORR haben sich auch schon die Genehmigungen der Landesstraßenverwaltung für die Verlegung der Leitungen im Landesstraßengrund eingeholt. Die Vorgaben für die Wiederherstellung sind ziemlich streng. Daher sind die Preise auch etwas höher als wir es geschätzt haben.

#### **GR Lautner Josef:**

Diesbezüglich habe ich eine Frage. Der Ortsausschuss wurde am Dienstag zur Ortsausschuss-Sitzung am Mittwoch, wo das beschlossen wurde, telefonisch eingeladen. Ist das so rechtens und gemäß Gemeindeordnung?

#### **Amtsleiter:**

Eigentlich sind Ausschuss-Sitzungen schriftlich oder per E-Mail einzuladen. Ob hier ein Ladungsmangel vorliegt, wird nur die Aufsichtsbehörde beim Amt der Bgld. Landesregierung klären können.

#### **GR Zumpf Christian:**

In dieser Sitzung wurde nichts beschlossen, sondern ich habe nur über diese Ausschreibung informiert. Du hast mir dann gesagt, dass du zwar verhindert bist aber weißt worum es geht.

GR Lautner Josef:

Ich habe noch eine Frage zur Grabungstrasse. Warum wird jetzt hinter dem Objekt der Familie [REDACTED] und [REDACTED] gegraben? Das ist ja eine viel weitere Strecke.

GR Zumpf Christian:

Wenn wir auf der rechten Seite gegraben hätten, dann hätten sich die Lichtpunkte mitten im Gehsteig befunden und man hätte sie weiter nach außen setzen müssen. Das wäre aber nur durch Inanspruchnahme von Privatgrund möglich gewesen. Das wollten wir aber nicht. Die jetzige Trasse haben wir deshalb gewählt, weil wir uns dadurch das Queren der Landesstraße ersparen.

GR Lautner Josef:

Letztes Jahr wurde das Glasfasernetz verlegt und im Zuge dessen hätten wir eine Leerverrohrung einbringen können.

GR Kainz Manfred:

Beim Glasfaserausbau wird das meiner Erfahrung nach eher nicht geduldet. Das wäre sicher schwierig gewesen.

GR Lautner Josef:

Ich habe mich erkundigt. 30 cm neben der Glasfaserleitung kann eine Leerverrohrung eingebracht werden. Das hätte man bei dem Grabansuchen an die Gemeinde gleich mitmachen sollen.

Amtsleiter:

Diese Sondernutzung wird aber nicht von der Gemeinde gewährt, sondern vom Land, weil es sich um Landesstraßengrund handelt. Die Gemeinde hat damit nichts zu tun.

GR Lautner Josef:

Trotzdem hätten wir uns 250 lfm an Grabungsleistung ersparen können.

GR Stöckl Tanja:

Warum wurde Fürst Rene nicht zur Angebotslegung eingeladen?

GR Zumpf Christian:

Weil unsere Ausschreibung nicht nur die Grabungsarbeiten sondern auch die Kabelverlegungsarbeiten sowie die Asphaltierungsarbeiten beinhaltet. Ich kann ihn aber gerne fragen, ob er auf Gemeindegrund die Arbeiten durchführen kann. Natürlich muss der Preis passen und der Termin eingehalten werden.

GR Baldauf Thomas:

Ich glaube nicht, dass das funktioniert. Soviel ich weiß steht Fürst Rene bei der Fa. PORR unter Vertrag.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt beschließt der Gemeinderat über Antrag der Bürgermeisterin einstimmig die Vergabe der Grabarbeiten für die Erweiterung der Straßenbeleuchtung im Ortsteil Rettenbach an den Billigstbieter, die Fa. Klöcher Bau GmbH., zum Angebotspreis von € 25.001,87 brutto.

### Zu TOP 10:

#### Bürgermeisterin:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der ÖVP-Fraktion gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung schriftlich beantragt, der jedem von euch mit der Einladung zugegangen ist. Ich übergebe daher das Wort an die ÖVP-Fraktion.

#### GR Stöckl Tanja:

Nachdem der Vertrag von Experten angesehen wurde, hätten wir den Vorschlag gemacht, ob es möglich wäre aus diesem Vertrag herauszukommen oder diesen abzuändern. Vielleicht kann man im wirtschaftlichen Interesse der Gemeinde auch noch nachverhandeln. Eventuell könnte man auch mit der Energie Burgenland Kontakt aufnehmen. Diese bieten dieselben Modelle zum halben Preis an. Ich habe mit einem Rechtsanwalt gesprochen und der hat mir gesagt, dass es durchaus zu einer Abänderung des Vertrages kommen kann, wenn der Wille da ist. Daher ergeht von uns das Ersuchen an die Frau Bürgermeisterin hier tätig zu werden und stellt die ÖVP-Fraktion folgenden Beschlussantrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Bernstein möge beschließen:

1. **Die Bürgermeisterin wird beauftragt**, mit der Firma **neoom impact invest alpha GmbH** unverzüglich in **Neuverhandlungen** des bestehenden Contracting-Vertrages über die Photovoltaikanlagen einzutreten.

2. Ziel dieser Neuverhandlungen ist insbesondere:

- eine **wesentliche Reduktion der jährlichen Miet- bzw. Nutzungsentgelte**,
- eine **Anpassung oder Verkürzung der Vertragslaufzeit**,
- eine **wirtschaftlich faire Kauf- bzw. Übernahmeoption** der Anlagen,
- sowie eine **Reduktion oder der Entfall der indexgebundenen Entgeltanpassung**.

3. **Für den Fall**, dass diese Neuverhandlungen **nicht zu einer für die Gemeinde wirtschaftlich vertretbaren Lösung führen**, wird die Bürgermeisterin zusätzlich beauftragt,

- sämtliche **rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten eines vorzeitigen Ausstiegs** aus dem Contracting-Vertrag,
- einschließlich einer **Übernahme der Anlagen in das Eigentum der Gemeinde** sowie einer **Umstellung auf Eigenbetrieb, prüfen zu lassen**.

4. Über den Stand und das Ergebnis der Nachverhandlungen sowie über das Ergebnis der Ausstiegs- und Alternativprüfung ist dem Gemeinderat **ehestmöglich, spätestens jedoch bei der nächsten GR Sitzung**, schriftlich Bericht zu erstatten.

## Erklärung

Die Marktgemeinde Bernstein hat sich mit der Errichtung von Photovoltaikanlagen grundsätzlich für einen ökologischen sinnvollen und zukunftsorientierten Weg entschieden. Dieser Grundsatz wird von der ÖVP Bernstein ausdrücklich unterstützt.

Gleichzeitig ist es jedoch Aufgabe des Gemeinderates, **die wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde, die Budgetstabilität sowie die langfristige finanzielle Tragfähigkeit** von Entscheidungen kritisch zu prüfen und bei Bedarf zu korrigieren.

Das Contracting-Modell ist **nicht die wirtschaftlich günstigste Lösung** für die Marktgemeinde und eine Neubewertung ist notwendig.

### GR Baldauf Thomas:

Der Wirtschaftlichkeitsbericht wurde bereits bei einer der letzten Sitzungen des Prüfungsausschusses vorgelegt. Die Refinanzierung dieser PV-Anlagen sollte eigentlich über den Stromverkauf über die Energiegemeinschaft erfolgen. Damals waren aber noch nicht alle Anlagen gleichzeitig in Betrieb. Mir war immer wichtig, dass dieses Thema nicht parteipolitisch wird. Schlussendlich geht es dabei immer um unsere Bürgerinnen und Bürger die Mitglieder unserer Energiegemeinschaft sind. Der vorliegende Antrag der ÖVP-Fraktion enthält eine nachträgliche Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung. Das kann man so sehen – aber daraus lassen sich noch keine konkreten, umsetzbaren Maßnahmen ableiten.

Was hier fehlt, sind vollständig ausgearbeitete, nachvollziehbare und vor allem rechtlich und wirtschaftlich geprüfte Alternativen zum bestehenden Vertrag.

Besonders kritisch ist dabei die implizite Forderung nach einem Ausstieg oder einer wesentlichen Änderung eines laufenden Vertrags. Wir sprechen hier von einem langfristigen Contracting-Modell mit klar definierten Verpflichtungen. Ein solcher Vertrag kann nicht einseitig beendet oder angepasst werden, ohne dass erhebliche rechtliche Konsequenzen entstehen können – etwa Schadenersatzforderungen, Ablösezahlungen oder zusätzliche finanzielle Belastungen für die Gemeinde.

Das heißt ganz klar: Wer solche Schritte fordert, muss im Detail darlegen, wie diese rechtlich möglich sind und welche konkreten Kosten daraus entstehen.

Und ein weiterer ganz wesentlicher Punkt: Selbst wenn man beispielsweise einen vorzeitigen Rückkauf der Anlagen in Betracht ziehen würde, ist das derzeit finanziell gar nicht darstellbar. Aufgrund der aktuellen Situation wird seitens der Gemeindeaufsicht kein zusätzlicher Kredit genehmigt. Das bedeutet, dass wesentliche der hier angedeuteten Alternativen aktuell schlicht nicht umsetzbar sind.

Ich halte es daher für den falschen Zugang, dass nun die Gemeindeverwaltung den Aufwand übernehmen soll, diese Grundlagen erst zu erarbeiten. Wenn eine Fraktion einen so weitreichenden Antrag stellt und bestehende Verträge infrage stellt, dann ist es aus unserer Sicht ihre Aufgabe, entscheidungsreife, belastbare und geprüfte Vorschläge vorzulegen.

Der Gemeinderat kann und darf jedenfalls keine Beschlüsse auf Basis unvollständiger oder nicht umsetzbarer Annahmen treffen – insbesondere dann nicht, wenn sowohl rechtliche Risiken als auch klare finanzielle Grenzen bestehen.

Daher ist für die SPÖ-Fraktion klar: Dieser Antrag ist in der vorliegenden Form nicht entscheidungsreif.

Sobald konkrete, fundierte, rechtlich belastbare und auch realistisch finanzierbare Vorschläge auf dem Tisch liegen, kann und soll man diese selbstverständlich sachlich prüfen und diskutieren.

GR Stöckl Tanja:

Die Alternative hätte ich hier mitgenommen.

GR Ing. Renner Konrad:

Das hätte mit eurem Antrag bereits eingebracht gehört. Das sehen wir jetzt zum ersten mal.

GR Stöckl Tanja:

Wir fordern nur eine kritische Prüfung des Vertrages mit Neubewertung und bei Bedarf zu korrigieren. Wir fordern keinen Ausstieg sondern, dass über Alternativlösungen nachgedacht wird.

Amtsleiter:

Vorher hast du aber schon von einer Auflösung des Vertrages gesprochen.

GR Ing. Renner Konrad:

In eurem Antrag wird sehr wohl ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Vertrag gefordert.

GR Baldauf Thomas:

Du behauptest die ganze Zeit, dass unser Vertrag schlecht ist. Du erwähnst immer wieder Personen, die sich das ganze angesehen und geprüft haben. Daher solltest du einmal etwas auf den Tisch legen damit wir etwas vergleichen und besprechen können. Bis jetzt haben wir nichts von dir bekommen.

GR Ing. Renner Konrad:

Vorher habt ihr euch darüber beschwert, dass es im Gemeindevorstand anscheinend zu wenig Informationen gegeben hat. In eurem Antrag gibt es keinerlei Zahlen oder Fakten, die eure Behauptungen belegen können. Aus diesem Grund bringt die SPÖ-Fraktion hiermit folgenden Gegenantrag zum Antrag der ÖVP-Fraktion ein:

Der vorliegende Antrag enthält ausschließlich Behauptungen hinsichtlich angeblicher Nachteile des bestehenden Contracting-Vertrages, ohne diese durch konkrete Fakten, nachvollziehbare Berechnungen oder ein belastbares Vergleichsangebot zu untermauern. Eine verantwortungsvolle Entscheidungsfindung im Interesse der Gemeinde kann jedoch nicht auf bloßen Vermutungen oder politischen Behauptungen basieren. Der Gegenantrag der SPÖ-Fraktion lautet somit:

Die ÖVP-Fraktion soll ein konkretes und schriftliches Alternativangebot vorlegen, das einen objektiven Vergleich mit dem bestehenden Contracting-Vertrag ermöglicht. Dieses Angebot hat sämtliche wirtschaftlichen, technischen, rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen des derzeitigen Vertrages vollständig abzubilden und nachvollziehbar darzustellen.

Insbesondere ist nachzuweisen, dass Leistungen und Risikodeckungen des bestehenden Vertrages – wie etwa die Versicherung sämtlicher Anlagen, Haftungsregelungen, Betriebs- und Wartungsleistungen, Garantien, Laufzeiten sowie sämtliche weiteren Vertragsbestandteile in gleicher Weise enthalten sind. Darüber hinaus ist durch eine nachvollziehbare Gegenüberstellung zu belegen, dass das vorgeschlagene Alternativmodell für die Gemeinde tatsächlich einen wirtschaftlichen oder sonstigen objektiv feststellbaren Vorteil gegenüber dem bestehenden Vertrag bietet.

Erst auf Grundlage einer solchen Vergleichsbasis soll über eine allfällige Neuverhandlung des bestehenden Vertrages beraten und entschieden werden.

GR Stöckl Tanja:

Das heißt, wir sollen jetzt nach Alternativen suchen?

GR Baldauf Thomas:

Du sprichst immer davon, dass es bessere Angebote gibt. Anscheinend hast du ein solches bereits eingeholt.

GR Kager Karl:

Du sollst einfach ein Gegenangebot vorlegen. Dabei muss man auch eventuelle Mehrkosten bei einem vorzeitigen Ausstieg berücksichtigen.

GR Baldauf Thomas:

Das Ganze ist eine Investition in die Zukunft um Geld in die Kassa zu bringen.

GR Stöckl Tanja:

Das ist keine Investition, sondern ein Aufwand.

GR Baldauf Thomas:

Wie schon gesagt, legt ein Gegenmodell vor. Erst dann kann man seriös darüber beraten.

GR Stöckl Tanja:

Wo soll das Gegenmodell eingebracht werden?

Bürgermeisterin:

Das kann schriftlich oder per E-Mail ([post@bernstein.bgld.gv.at](mailto:post@bernstein.bgld.gv.at)) eingebracht werden. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch auf die Förderung in Höhe von € 33.345,00 von der OeMAG verweisen, die die Gemeinde erhalten hat. Sollte es nämlich zu einem vorzeitigen Ausstieg innerhalb von 10 Jahren kommen, wird diese Förderung rückgefordert.

Gemäß der Geschäftsordnung für den Gemeinderat werde ich zuerst über den Hauptantrag der ÖVP-Fraktion und danach über den Gegenantrag der SPÖ-Fraktion abstimmen lassen.

### **Abstimmung über den Antrag der ÖVP-Fraktion:**

#### **Für den Antrag stimmten:**

Schranz Markus, Wiesinger Nicole, Pertl Thomas, Stöckl Tanja, Lautner Josef, Simon Andreas, Schwarz Marcel

#### **Gegen den Antrag stimmten:**

Bürgermeisterin Habetler Renate, Baldauf Thomas, Marth Joachim, 2. Vizebürgermeister Böhm Wilhelm, Lautner Katja, Böhm Alexander, Zumpf Christian, Jobst Gerald, Ing. Renner Konrad, Kainz Manfred, Strohkendl Silvia, Katona Petra, Schmidt Florian

#### **Stimmenthaltung:**

Kager Karl

Somit ist der Hauptantrag der ÖVP-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

### **Abstimmung über den Gegenantrag der SPÖ-Fraktion:**

#### **Für den Antrag stimmten:**

Bürgermeisterin Habetler Renate, Baldauf Thomas, Marth Joachim, 2. Vizebürgermeister Böhm Wilhelm, Lautner Katja, Böhm Alexander, Zumpf Christian, Jobst Gerald, Ing. Renner Konrad, Kainz Manfred, Strohkendl Silvia, Katona Petra, Schmidt Florian

#### **Gegen den Antrag stimmten:**

Schranz Markus, Wiesinger Nicole, Pertl Thomas, Stöckl Tanja, Lautner Josef, Simon Andreas, Schwarz Marcel

#### **Stimmenthaltung:**

Kager Karl

Somit ist der Gegenantrag der SPÖ-Fraktion mehrheitlich angenommen.

### **Zu TOP 11:**

#### **Bürgermeisterin:**

■■■■■■■■■■ hat mit Schreiben vom 15.06.2026 um die Genehmigung zur Nutzung von öffentlichem Gut angesucht. Es betrifft das Grundstück Nr. 167/3 in der KG 34009 Bernstein, welches sich zwischen dem Gehsteig und dem Grundstück des Antragstellers befindet. Er beabsichtigt auf der im Lageplan eingezeichneten Fläche einen Snack- und Getränkeautomaten aufzustellen und zu betreiben. Zielgruppe sind Touristinnen und Touristen, Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Wanderinnen und Wanderer, die an Sonn- und Feiertagen dadurch Snacks und Getränke erwerben können. Ich spreche mich für die Gewährung der Sondernutzung aus, denn an Sonn- und Feiertagen gibt es beispielsweise am Hauptplatz keine Möglichkeit Speisen und Getränke zu erwerben. Gibt es dazu noch Fragen?

GR Stöckl Tanja:

Die ÖVP ist grundsätzlich dafür, allerdings sollte [REDACTED] zuerst die Gesetze einhalten und ein Gewerbe anmelden. Bis jetzt hat er keines angemeldet.

Amtsleiter:

Für die Gewerbeberechtigung ist die BH Oberwart zuständig und nicht die Gemeinde. Hier geht es nur um die Zustimmung der Gemeinde als Grundeigentümerin.

GR Stöckl Tanja:

Vielleicht kann man ihn darauf hinweisen. Wenn ein Gewerbe angemeldet wird, dann sind wir auch dafür.

Amtsleiter:

Sein Antrag bezieht sich aber nur auf die Gewährung der Sondernutzung. Das hat mit der Gewerbeberechtigung nichts zu tun. Sollte er diese nicht erhalten, darf er den Automaten ohnehin nicht aufstellen.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die Gewährung der Sondernutzung von öffentlichem Gut, Grundstück Nr. 167/3 in der KG 34009 Bernstein, für [REDACTED] zum Zwecke der Errichtung und des Betriebes eines Snack- und Getränkeautomaten, vorbehaltlich der Gewerbeberechtigung durch die BH Oberwart.

Die nächsten beiden Tagesordnungspunkte sind nicht öffentlich. Die Zuhörer haben den Sitzungssaal verlassen.

#### **Zu TOP 12:**

Über diesen Tagesordnungspunkt wird eine gesonderte Niederschrift verfasst.

#### **Zu TOP 13:**

Über diesen Tagesordnungspunkt wird eine gesonderte Niederschrift verfasst.

#### **Zu TOP 14:**

Die Zuhörer haben im Sitzungssaal wieder Platz genommen.

Bürgermeisterin:

- Für das Abgabengjahr 2024 hat die Gemeinde Bernstein eine Baulandmobilisierungsabgabe in Höhe von € 4.010,24 erhalten.
- Am 27. und 28. Juni 2026 feiert die SG Redlschlag ihr 50 jähriges Jubiläum.

- Am 11. und 12. Juli 2026 feiert der SV Stuben sein 40 jähriges Jubiläum. Höhepunkt ist am Samstag, 11. Juli 2026, um 17:00 Uhr das Internationale Testspiel zwischen SK Sturm Graz und Sanfrece Hiroshima.
- Am 11. Juli 2026 findet auch der Kirtag in Dreihütten statt.

#### GR Kager Karl:

- Ich möchte mich bei allen recht herzlich bedanken, die den ÖKB bei seiner Jubiläumsveranstaltung im Juni unterstützt haben. Es hat alles einwandfrei funktioniert. Bürgermeisterin: Das kann ich nur bestätigen. Diese Veranstaltung war eine der besten, die es jemals in Bernstein gegeben hat. Bitte richte das auch eurem Präsidenten aus.

#### GR Ing Renner Konrad:

- Von Seiten der SPÖ-Fraktion gibt es einige Fragen hinsichtlich der letzten beiden Aussendungen der ÖVP: **Frage 1:** Gibt es Gemeinderäte der ÖVP-Fraktion die NICHT vollinhaltlich hinter den Aussagen bzw. sogenannten Fakten der beiden Aussendungen steht? Keine Wortmeldung, also steht jeder von euch dazu. **Frage 2:** Ist die ÖVP-Fraktion der Meinung, dass der ausschließliche Grund der finanziellen Situation der Gemeinden die Politik der burgenländischen Landesregierung und des LH Droschitz ist? GR Simon Andreas: Der Landeshauptmann ist ja nicht das Land allein. GR Stöckl Tanja: Ja, finde ich schon. GR Ing. Renner Konrad: Wurden die von euch veröffentlichten Zahlen hinsichtlich der Abzüge bei den Ertragsanteilen tatsächlich geprüft und verglichen? Wisst ihr beispielsweise wie hoch die Abzüge in Tirol und Vorarlberg sind? Dort sind es z.B. 69%. GR Stöckl Tanja: Was bringt uns das jetzt? Wir reden vom Burgenland. GR Ing. Renner Konrad: Ich zitiere aus eurer Aussendung: „Im Vergleich zu Gemeinden in anderen Bundesländern bleibt den burgenländischen Gemeinden jährlich weniger Geld aus den Ertragsanteilen übrig.“ Wie es aussieht habt ihr keine Vergleiche gemacht, denn das stimmt so einfach nicht. Laut KDZ sind es in Vorarlberg und Tirol 69%. Im Burgenland sind es 50%. Auch unsere Nachbargemeinde in NÖ, Hochneukirchen, hat über 50% an Abzügen zu leisten. **Frage 3:** Dann wird in eurer Aussendung ein Betrag angegeben, den ich nicht nachvollziehen kann. Die Marktgemeinde Bernstein hätte jährlich um € 532.267,03 mehr an Mitteln zur Verfügung ohne zusätzliche Abzüge durch das Land. Wie kommt ihr auf diese Zahl? GR Stöckl Tanja: Wird nachgeliefert. GR Ing. Renner Konrad: Es hat dann noch ein weiteres Schreiben der ÖVP-Fraktion gegeben, in dem darauf eingegangen wird, dass die Vorschläge die die ÖVP eingebracht hat um Kosten zu senken, nicht ernst genommen wurden. **Frage 4:** Teilen sämtliche Gemeinderäte der ÖVP diese Einschätzung, auch jene, die im Prüfungsausschuss vertreten sind? GR Stöckl Tanja: Wir haben z.B. eingefordert, dass ein Antrag nach dem Bgld. Straßengesetz auf Entschädigung für den Straßenkanal eingebracht werden sollte. Der Antrag wurde nicht beim Land eingebracht. Wenn es um Geld geht, dann ist mir jedes Mittel recht. GR Ing. Renner Konrad: Ich spreche von den Vorschlägen aller Fraktionen für die Sitzung des Prüfungsausschusses am 05.06.2025. Diese wurden im Zuge dieser Sitzung behandelt und besprochen. Diese wurden auch vom Amtsleiter beantwortet. Eure Vorschläge wurden sehr wohl ernst genommen und behandelt. Das verstehe ich nicht. Betreffend Einsparungspotential: Die SPÖ-Fraktion hat auf die Sitzungsgelder für das ganze Jahr verzichtet. Das haben aber nicht alle gemacht. Anscheinend wurde hier eine Sitzung abgehalten, die zu nichts geführt hat? Stimmt das so? GR Stöckl Tanja: Wir haben aber auch Vorschläge für die Digitalisierung eingebracht. GR Ing. Renner Konrad: Ja, da hast du recht. Nur weil eure Vorschläge nicht angenommen wurden, bist du der Meinung, dass sie nicht ernst genommen wurden. GR Stöckl Tanja: Mit unserem Antrag betreffend Straßenkanal wurden wir auch nicht ernst genommen. GR Ing. Renner Konrad: Damals haben wir gesagt, dass wir zuerst eine rechtliche Prüfung machen werden. Die Gemeinde

Bernstein bekommt jedes Jahr überdurchschnittlich viel finanzielle Mittel aus den Bedarfszuweisungen. Das muss auch einmal gesagt werden. Zwischenzeitlich wurde leider das Gesetz diesbezüglich geändert. Ich stelle somit fest, dass ihr nach wie vor der Meinung seid, dass die Vorschläge bei der Sitzung am 05.06.2025 nicht ernst genommen wurden. Somit zählt für euch die Meinung des Prüfungsausschusses nicht. Diese Einstellung von euch sehe ich demokratiepolitisch höchst gefährlich. Schlussendlich ist der Prüfungsausschuss das höchste Prüfungsorgan der Gemeinde. **Frage 5:** Passend dazu zitiere ich aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 18.06.2025 in dessen Zuge die Ergebnisse der gesonderten Prüfungsausschusssitzung präsentiert wurden wie folgt: *„Es wurden alle einzelnen Punkte besprochen und die Sinnhaftigkeit dieser evaluiert. Es stellte sich heraus, dass die Anhebung des Kanalhebesatzes seitens der Gemeinde im Fokus bleiben soll. Für die Umsetzung soll sich der Gemeinderat im weiteren beschäftigen. Hinsichtlich der Ausgaben wurde festgestellt, dass durch schnelle bis mittelfristige Maßnahmen kein bedeutendes Einsparungspotenzial möglich ist, ohne dass der tägliche Betrieb der Gemeindeverwaltung und deren zugehörigen Aufgaben im Sinne der Hoheitsverwaltung beeinträchtigt wird. Genaue Kostenevaluierungen müssen seitens der Gemeindeverwaltung erfolgen. Das geringe Einsparungspotential der einzelnen Maßnahmen kann Mittel für größere Investitionen nicht freimachen.“* Entscheidend ist aber die Formulierung, dass die Anhebung des Kanalhebesatzes im Fokus bleiben soll. Dieser Punkt wurde behandelt und ausführlich diskutiert. In der Dezember Sitzung wurde dann die Anhebung des Beitragssatzes beschlossen. Diesem Beschluss war ein einstimmiger Beschluss des Gemeindevorstandes vorausgegangen. Auch alle Ortsausschüsse haben sich mit diesem Thema ausführlich befasst. Ich frage mich nun schon, wie kommt die ÖVP zur Einschätzung, dass die Gründe für die Anhebung des Beitragssatzes nicht ausreichend erklärt wurden und warum hat die ÖVP augenscheinlich bis zur Aussendung ihres Informationsschreibens keinen Bedarf gesehen, diesbezüglich nachzufragen? Anzumerken ist dazu noch, dass die Frau Bürgermeisterin vor der Abstimmung über die Erhöhung des Beitragssatzes in der GR-Sitzung am 30.12.2025 explizit nachgefragt hat, ob es noch Fragen dazu gibt und diesbezüglich keinerlei Wortmeldungen von der ÖVP-Fraktion vorgebracht wurden. Kann das jemand von der ÖVP-Fraktion beantworten? Ich stelle fest, dass meine Frage nicht beantwortet werden kann. GR Stöckl Tanja: Unsere beantragte Einsetzung einer Taskforce-Gruppe wurde auch abgelehnt. GR Ing. Renner Konrad: Das stimmt wieder nicht. Wir haben in einer GR-Sitzung darüber beraten und letztlich festgestellt, dass dies eine Aufgabe für den Prüfungsausschuss ist. Nun habe ich noch eine **abschließende Frage:** Wie definiert die ÖVP-Fraktion das Wort „mehrheitlich“? Als Mehrheit wird der größere oder überwiegende Teil an einer Sache oder bei einer Entscheidungsfindung bezeichnet. (siehe Wikipedia) Laut Gemeinderatsprotokoll vom 30.12.2025 haben von Seiten der ÖVP-Fraktion insgesamt 4 Gemeinderatsmitglieder (Derkits Gerald, Schranz Markus, Pertl Thomas und Simon Andreas) für die Erhöhung des Beitragssatzes sowie die Einhebung eines Nachtragsbeitrages gestimmt. Wiederum 4 ÖVP Gemeinderatsmitglieder (Wiesinger Nicole, Potsch Niko, Stöckl Tanja und Lautner Josef) haben sich der Stimme enthalten. In der Aussendung der ÖVP steht wörtlich: *„Beim Kanalnachverrechnungsbeitrag haben wir uns mehrheitlich enthalten.“* Ich kann bei dieser Abstimmung keine Mehrheit erkennen. Im Fußball würde man von einem Unentschieden sprechen. Somit hat die ÖVP Bernstein wieder einmal nur „Fake News“ also Unwahrheiten verbreitet. Ob daher tatsächlich das Ziel der ÖVP Bernstein „eine ehrliche, soziale und zukunftsichere Finanzpolitik“ ist oder einfach politisches Kleingeld zu wechseln, lasse ich so im Raum stehen. GR Stöckl Tanja: Unser Antrag für die Entschädigung beim Straßenkanal wurde nicht angenommen. Das möchte ich auch festhalten. GR Ing. Renner Konrad: Das Thema haben wir schon vorher besprochen. GR Stöckl Tanja: Eine Woche später wurde das Gesetz geändert. Wir hätten daher schon viel früher den Antrag einbringen sollen. Bürgermeisterin: Wir wollten zuerst Rechtssicherheit haben. GR Stöckl Tanja: Aus Angst, dass wir zu wenig

Bedarfszuweisungen bekommen, wurde der Antrag also nicht eingebracht? GR Ing. Renner Konrad: Damals haben wir uns dagegen ausgesprochen, weil wir rechtliche Klarheit haben wollten. Wir wussten damals noch nicht, dass das Gesetz geändert wird.

GR Stöckl Tanja:

- Ich habe Herrn Ortsvorsteher Baldauf in einer Ortsausschuss Sitzung darauf hingewiesen, mit der Fa. Neoom nichts anzufangen. Ich wurde nicht angehört. Auch unser Wirtschaftskammerpräsident Herr Andreas Wirth hat gesagt, man soll mit Neoom nichts anfangen, denn das geht schief. GR Baldauf Thomas: Dann soll er das schriftlich vorlegen. GR Ing. Renner Konrad: Das ist ein wesentlicher Unterschied, ob man nur nicht angehört wird oder ob man keine Mehrheit hat. GR Baldauf Thomas: Dein Problem ist, dass du ständig nur Unterstellungen machst und nichts belegen kannst. GR Stöckl Tanja: Demokratie heißt jemanden zuzuhören. GR Ing. Renner Konrad: Das gilt aber auch gerade für dich. Die E5-Gruppe wurde als überparteiliches Instrument gegründet. Die Gruppe Grünzeug-Regionales funktioniert wirklich gut. Und es hat auch eine Gruppe für die PV-Anlagen gegeben. In dieser waren Personen von der ÖVP vertreten. Das Thema wurde aber von niemanden von euch angesprochen. Das Ganze wäre von Beginn an vollkommen unpolitisch über die Bühne gegangen. Jetzt auf einmal wird es parteipolitisch von dir missbraucht. Der Grund dafür ist, dass nächstes Jahr Gemeinderatswahlen stattfinden. GR Stöckl Tanja: Im Ortsausschuss wird meistens sehr konstruktiv zusammengearbeitet. Bei diesem Thema hast du leider nicht zugehört. Diese Informationen habe ich vom Innungsmeister der Elektriker. Die Firma Neoom war damals schon bekannt. GR Böhm Alexander: Ich möchte festhalten, dass man hier schon die Verantwortung für solche Aussendungen übernimmt. Es gehen hier Informationen an die Bevölkerung die zum Teil einfach falsch sind. GR Baldauf Thomas: Ich möchte heute abschließend unserem Obmann des Prüfungsausschusses, Schranz Markus, ein großes Lob für seine Arbeit aussprechen. An ihm kannst du dir ein Beispiel nehmen. Alles was er macht ist fachlich fundiert. GR Strohkendl Silvia: Als Mitglied des Prüfungsausschusses kann ich das nur bestätigen.

**Die nächste Gemeinderats-Sitzung findet am Freitag, den 25. September 2026, um 19:00 Uhr statt.**

Ende der Sitzung: 21:20 Uhr

Unterschriften:

Die Bürgermeisterin:

Die Protokollbeglaubiger:

Der Schriftführer: